

SHRINKING SPACES: EINE GLOBALE EROSION



EDITORIAL

VON DR. ULRIKE DUFNER
GESCHÄFTSFÜHRERIN SÜDWIND E.V.



Seit einigen Jahren legt die Berichterstattung über die Entwicklungen in einigen europäischen Ländern und in den USA nahe, dass es um die bürgerlichen Rechte zunehmend schlecht bestellt ist. Wir lesen von Verfolgungs- jagden auf Bürger*innen in den USA durch ICE, wir sehen Bilder von staatlicher Gewalt gegen Demonstrierende in Ungarn oder Georgien. Wir ahnen, dass dies keine Einzel- fälle sind und wir nur die Spitze des Eisberges überhaupt erfahren. Und in der Tat: der diesjährige CIVICUS-Monitor, welcher sich jährlich mit dem Zustand der bürgerlichen Rechte weltweit befasst, bestätigt unsere Vorahnung. Ge- rade einmal 3,5% der weltweiten Bevölkerung lebten noch ohne jegliche Einschränkungen ihrer Freiheiten.

In unserem Beitrag zeigt SÜDWIND auf, wie schrittweise die Rechte der Bürger*innen eines Landes beschnitten und eingegrenzt werden und wo einige der Ursachen hierfür zu finden sind: gerade da, wo es um wirtschaftliche Interessen und den Zugang zu seltenen Rohstoffen geht, werden Rechte zunehmend eingeschränkt, um Kritik an Umweltauswirkun- gen, schlechten Arbeitsbedingungen oder der Vertreibung der lokalen Bevölkerung gar nicht erst entstehen zu lassen. Mit der Folge, dass in dem ganzen Land Opposition unter- drückt wird – Gewerkschaften, Medienschaffende, Umwelt-, Menschenrechts- oder Frauenrechtsorganisationen.

Eine Aussicht auf Besserung dieser Situation ist leider nicht in Sicht – im Gegenteil! In dieser Beilage soll es vor allem um die Auswirkungen dieses Phänomens auf Ak- teure in globalen Lieferketten gehen. In Ländern, in denen staatliche Kontrollen von unternehmerischem Handeln schwach sind, sind es oft Gewerkschaften und lokale Initia- tiven, die Menschenrechtsverletzungen sichtbar machen. Wenn diese Stimmen durch repressive Maßnahmen zum Schweigen gebracht werden, können Verstöße wie niedrige Löhne, Zwangsarbeit, Umweltzerstörung sowie Diskrimi- nierung nicht mehr ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Unter derartigen Umständen können die teils massiven Menschenrechtsverletzungen fortbestehen – eine öffentliche Kontrolle findet nicht mehr statt.

Die inzwischen bestehenden Lieferkettengesetze sowie unternehmerischen Sorgfaltspflichten können ihre volle Wirkung auch nur dann entfalten, wenn diejenigen frei agieren können, die Missstände aufdecken und Betroffene vertreten. Der Schutz zivilgesellschaftlicher Räume ist keine Nebensache, sondern die Grundlage einer fairen Wirtschaft.

SHRINKING SPACES: DIE EINSCHRÄNKUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Ein- schränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspiel- räume verstanden. Dazu gehören die schrittweise Be- grenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häu- fig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Akteur*innen. Weltweit ist verstärkt zu beobachten, dass zivilgesellschaftliches Engagement immer stärker unter Druck gerät durch repressive Gesetze, Überwa- chung, Einschränkungen von Versammlungsrechten oder bürokratische und finanzielle Hürden für NGOs. Auch für Einzelpersonen wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen reichen von Einschüchterungen über Freiheitsstrafen und Gewalt- androhungen bis hin zu Ermordungen.

DEMOKRATIEN UNTER DRUCK

Wie Shrinking Spaces Menschenrechte,
Demokratie & nachhaltige Lieferketten bedrohen

Foto: pexels / Thomas Windisch

Wenn Umweltaktivist*innen einge- schüchtert oder Gewerkschaften verboten werden, hat das Folgen bis nach Deutschland. Denn ohne sie hat niemand eine Chance, zu erfahren, unter welchen Bedingungen die T-Shirts oder die Jeans, die hierzulande in den Verkaufsregalen angeboten werden, produziert werden. Die Folge: Es wird deut- lich schwieriger, soziale und ökologische Nachhal- tigkeit in globalen Lieferketten umzusetzen.

Tatsache ist jedoch: Der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft schrumpft – weltweit und zu- nehmend auch in Ländern, die sich (noch) als sta- bile Demokratien verstehen. Nur noch 39 von 198 Staaten gelten laut CIVICUS-Bericht als „offen“, während rund 73 Prozent der Weltbevölkerung in unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften leben. Diese Entwicklung ist Ausdruck eines globa- len Trends, der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige Entwicklung gleichermaßen bedroht.

EIN MEIST SCHLEICHENDER PROZESS

Besonders alarmierend ist, dass mehr und mehr Länder unter die Kategorie der „beschränkten“ Gesellschaften fallen – auch Deutschland. Was auf internationalen Karten abstrakt erscheint, hat konkrete Ursachen: zunehmender Rechtsruck, Angriffe auf Medien und Journalist*innen, die Kriminalisierung von Menschenrechts- und Kli- maaktivist*innen und ein wachsendes Misstrauen gegenüber Organisationen der Zivilgesellschaft bzw. Nichtregierungsorganisationen (NRO). Auch in den USA lassen sich ähnliche Dynamiken beob- achten – etwa durch gewaltsame Einsätze von Si- cherheitsbehörden gegen Proteste oder die massi- ve Einschränkung der Rechte von Migrant*innen und Minderheiten.

Was sich hier zeigt, ist meist ein schleichen- der Prozess. Zivilgesellschaftliche Räume wer- den selten abrupt geschlossen; vielmehr werden sie häufig Schritt für Schritt eingeengt. Die Me- thoden dieser Einengung sind vielfältig – und folgen weltweit ähnlichen Mustern. Regierungen

greifen auf Einschüchterung und Stigmatisie- rung zurück, diffamieren Aktivist*innen als „Ter- rorist*innen“ oder „ausländische Agent*innen“ und entziehen ihnen so gesellschaftliche Legi- timität. Hinzu kommen restriktive Gesetze, die die Finanzierung, Registrierung oder die Arbeit von NGOs – zum Beispiel durch die Sperrung von Bankkonten – erschweren oder kontrollieren. In mindestens 66 Ländern wurden laut CIVICUS- Bericht von 2025 im Berichtsjahr solche Rege- lungen eingeführt oder verschärft. Polizeigewalt, Inhaftierungen, Verfolgung von Familienange- hörigen und digitale Überwachung ergänzen die- se Instrumente. In zahlreichen Fällen reicht die Repression bis hin zum Mord.

WER VOR ALLEM ZUR ZIELSCHEIBE WIRD

Besonders betroffen sind diejenigen, die ohnehin wenig Schutz genießen: Umwelt- und Mens- chenrechtsaktivist*innen, LGBTQIA+-Personen, Frau- en, ethnische und religiöse Minderheiten sowie indigene Gruppen. Auch Künstler*innen und In- tellektuelle werden verfolgt. In Ghana etwa zeigt sich, wie schnell sich ein Klima der Repression entwickeln kann, wenn extrem rechte gemeinsam mit fundamentalistisch-religiösen Netzwerken gegen queere Menschen mobilisieren. Dabei wer- den nicht nur die Menschen selbst angegriffen, sondern auch alles, was auf ihr vermeintliches Fehlverhalten aufmerksam macht, wie zum Bei- spiel das Hissen von Regenbogenflaggen.

Die Kriminalisierung von Umwelt- und Men- schenrechtsverteidiger*innen findet dagegen vor allem dort statt, wo wirtschaftliche Interes- sen berührt sind. Damit ist auch die Verbindung zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen offensichtlich. Die Zivilgesell- schaft, allen voran die Gewerkschaften, spielt eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen, Men- schenrechte in globalen Lieferketten durchzu- setzen. Sie dokumentiert Arbeitsrechtsverlet- zungen, macht aber auch ökologische Schäden

sichtbar und vertritt die Interessen derjenigen, die selbst kaum Gehör finden. Ohne diese Rech- teinhaber*innen und ihre Vertreter*innen gehen Maßnahmen gegen Missstände oft an der Wirk- lichkeit vor Ort vorbei.

UNTERNEHMEN MACHEN SICH SHRINKING SPACES ZU NUTZE

Doch genau diese Akteur*innen geraten ver- stärkt unter Druck. Wenn Gewerkschaften einge- schränkt, Arbeitsrechtsorganisationen verboten oder Aktivist*innen eingeschüchtert werden, hat das direkte Auswirkungen auf Unternehmensver- antwortung. In Indien, so berichtet ein Interview- partner von SÜDWIND, profitieren Unternehmen sogar gezielt davon: Durch die eingeschränkte öffentliche Kontrolle „können sie gewerkschafts- feindliche Taktiken zum alltäglichen Standard machen“.

Shrinking Spaces sind damit auch ein Prob- lem innerhalb globaler Wirtschaftsstrukturen. Lieferketten funktionieren oft gerade deshalb reibungslos, weil Kritik vor Ort unterdrückt wird. Denn Menschenrechtsverletzungen bleiben un- sichtbar, wenn die Betroffenen und diejenigen, die sich für sie einsetzen, zum Schweigen ge- bracht werden. Ein Blick in verschiedene Roh- stofflieferketten macht dies sehr anschaulich (s. Seite 3).

Der Schutz zivilgesellschaftlicher Räume ist deshalb eine zentrale Voraussetzung für eine wirksame Regulierung von Unternehmen. Sorg- faltspflichten in Lieferketten – etwa im Rahmen des deutschen Lieferkettengesetzes oder der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) – können nur greifen, wenn unabhängige Ak- teur*innen vor Ort frei arbeiten können.

Sabine Ferenschild, SÜDWIND

Literatur: Der Artikel basiert auf der Studie „Bedrohte Zivil- gesellschaft. Die vielfältigen Dimensionen von Shrinking Spaces“ (2025) sowie auf dem Policy Paper „Menschenrechte und Demokratie verteidigen. Herausforderungen in Zeiten von Shrinking Spaces“ (2026)

AUSGELIEFERT

Warum marginalisierte Gruppen besonders von schrumpfenden Handlungsspielräumen betroffen sind

Die weltweiten Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeitsrechte nehmen dramatisch zu. Das zeigt der globale Rechtsindex 2026 des Internationalen Gewerkschaftsbundes, eine Gesamtübersicht über Verstöße gegen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte. So wurde zum Beispiel das Streikrecht in 87 Prozent der 151 untersuchten Länder verletzt.

Generell werden Gewerkschaften in vielen Ländern, in denen europäische Unternehmen produzieren, systematisch eingeschränkt: Gewerkschaftsgründungen werden verhindert, verboten oder aufgelöst; zusätzlich wird ein Klima der Angst geschaffen, indem Arbeiter*innen, die einer Gewerkschaft beitreten oder das Streikrecht wahrnehmen, entlassen werden. Darüber hinaus werden Streiks und Proteste mit Polizeigewalt zerschlagen. Zunehmend müssen Gewerkschafter*innen auch um ihr Leben fürchten - sie werden bedroht, inhaftiert oder getötet. Wo Gewerkschaften und Arbeiter*innen massiven Repressionen ausgesetzt sind, können Unternehmen die Einhaltung grundlegender Arbeiter*innenrechte kaum glaubwürdig prüfen oder gewährleisten. Dieses Problem verschärft sich weiter, wenn neben Gewerkschaften zugleich andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen von Shrinking Spaces betroffen sind. Wenn Aktivist*innen, Journalist*innen oder NGOs nicht mehr frei zu Einschränkungen von Gewerkschaften oder anderen Missständen recherchieren, über sie berichten und dagegen protestieren können, dann bleiben die Missstände ungelöst.

VON ALLEN SEITEN DRUCK

Ein Teil der Arbeiter*innen in globalen Lieferketten ist jedoch nicht nur von den Repressionen gegenüber Gewerkschaften betroffen. So sind Angehörige benachteiligter Gruppen wie queere sowie indigene Menschen und Migrant*innen besonders von Shrinking Spaces betroffen, gleichzeitig erfahren sie vielfach Diskriminierung in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz.

So sind zum Beispiel

- Arbeitsmigrant*innen mehr als dreimal häufiger von Zwangsarbeit betroffen als lokale Arbeitskräfte. Das Risiko besteht vor allem dann, wenn die Rechte migrantischer Arbeiter*innen nicht geschützt werden, Politik und Gesellschaft sie systematisch ausschließen, und migrantische Selbstorganisationen ihre Interessen nicht frei vertreten können. Ein Beispiel: Migrant*innen, vor allem Männer aus (west)afrikanischen Staaten, arbeiten unter versklavungsähnlichen Bedingungen im Orangenanbau in Süditalien. Dort werden sie nicht nur ausgebeutet, sondern zum Teil durch Drohung, Lohnentzug sowie Schuldverhältnisse werden sie daran gehindert, den Arbeitsplatz frei zu verlassen; dieser Form der Zwangsarbeit sind mehrere hunderttausend Menschen mitten in Europa ausgesetzt.
- Queere Arbeiter*innen etwa in Ghana sind durch anti-queere Gesetzgebung betroffen. Das im ghanaischen Parlament im Mai 2026 verabschiedete queer-feindliche Gesetz¹ wird bei Inkrafttreten LGBTQIA+-Identitäten, -Handlungen, -Aktivismus sowie jegliche damit verknüpfte Unterstützung kriminalisieren. Gewerkschaften könnten sich dann nicht mehr für die Belange queerer Arbeiter*innen und gegen

homophobe Diskriminierung einsetzen, da jede Form des Beistands strafrechtlich verfolgt werden könnte.

► Textilarbeiter*innen in Äthiopiens Industrieparks - mit einem Anteil von 80 Prozent machen sie einen Großteil der Beschäftigten in der Branche aus - sind genderspezifischen Risiken wie etwa gefährlichen Arbeitswegen, fehlendem gendergerechten Gesundheitsschutz, sexualisierter Belästigung und Gewalt sowie genderbasierter Diskriminierung am Arbeitsplatz ausgesetzt. Fehlende gewerkschaftliche Vertretung, strukturelle Verletzlichkeit von Frauen und eingeschränkte Handlungsspielräume feministischer Akteur*innen greifen hier ineinander.

UMFASSENDE BETRACHTUNG VON NÖTEN

Eine ganzheitliche Betrachtung der Auswirkungen von Shrinking Spaces auf grundlegende Arbeiter*innenrechte in globalen Lieferketten ist also unbedingt notwendig. Dabei müssen die Folgen antifeministischer, queerfeindlicher, migrant*innenfeindlicher und ableistischer Politiken für die Verwirklichung und Durchsetzung von Arbeiter*innenrechten mitgedacht werden. Gleiches gilt für Angriffe auf diejenigen, die die Interessen dieser Gruppen vertreten, etwa NGOs, Gewerkschaften oder Graswurzelbewegungen. Diese Entwicklungen wirken häufig zusammen und können sich gegenseitig verstärken, wodurch Vulnerabilitäten und Ungleichheiten noch größere Ausmaße annehmen können.

Paula Cäcilie Hummelsheim, SÜDWIND

¹Das Gesetz muss noch vom Präsidenten unterschrieben werden, bevor es in Kraft tritt.



„Es gibt keinen Anlass, Regeln weichzuspülen, nur weil andere es so machen. Wenn euch Menschenrechte zu Hause wichtig sind, dann tragt sie auch ins Ausland!“

Akhator Joel Odigie, Internationaler Gewerkschaftsbund Afrika

Akhator Joel Odigie, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes ITUC-Afrika, im Gespräch mit SÜDWIND

SHRINKING SPACES & AFRIKANISCHE ARBEITSKÄMPFE

SÜDWIND im Gespräch mit Akhator Joel Odigie (ITUC Africa)

SÜDWIND hat mit Akhator Joel Odigie, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Afrika ITUC-Africa, über Shrinking Spaces in afrikanischen Ländern gesprochen. Akhator Joel Odigie bezeichnet sich selbst als Aktivist für Arbeiter*innenrechte und als Panafrikanist. Hier präsentieren wir einen Auszug aus dem Interview. Das vollständige Gespräch kann man auf der SÜDWIND-Webseite nachlesen. Das Interview führte Paula Hummelsheim von SÜDWIND im Oktober 2025.

SÜDWIND: Haben sich die Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft und insbesondere für Arbeiter*innenorganisationen und Gewerkschaften in afrikanischen Ländern in den letzten Jahren verengt oder erweitert?

Akhator Joel Odigie: Sie haben sich deutlich verengt, und wir sind darüber sehr besorgt. In letzter Zeit haben sich die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume immer weiter verengt, was die Vereinigungsfreiheit, das Recht, sich zu organisieren, und das Recht auf Kollektivverhandlungen betrifft. 2012 ging die Arbeitgebergruppe in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO oder engl.: ILO) sogar so weit, zu bestreiten, dass das Streikrecht in den Bestimmungen der Vereinigungsfreiheit enthalten ist. Wir haben uns sogar dafür entschieden, den Internationalen Gerichtshof um Auslegung zu ersuchen. So sieht man, wie bürgerliche Freiheiten – insbesondere die Vereinigungsfreiheit – schrumpfen.

Im Großen und Ganzen können Beschäftigte das Recht auf Kollektivverhandlungen kaum noch nutzen, weil Beschäftigungsverhältnisse auseinanderbrechen. Wirtschaftliche Rechte, auch sozioökonomische Rechte, sind unter Beschuss. Das haben wir besonders

im Kontext von Austeritätsmaßnahmen gesehen. Diese Maßnahmen bringen Elend über die Menschen; sie sind eine Bedrohung für die Demokratie. Sie verengen den demokratischen Raum. Und wenn die Menschen aufgrund ihrer Unzufriedenheit protestieren, reagiert die Regierung sehr aggressiv und gewaltsam gegenüber friedlichen Demonstrierenden. [...] Ich würde also sagen: Ja, die zivilgesellschaftlichen Räume haben sich verengt.

SÜDWIND: Wie sollten sich deutsche und europäische Unternehmen angesichts dieser Herausforderungen in afrikanischen Märkten verhalten?

Akhator Joel Odigie: Die Richtlinie zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten (CSDDD) ist eine Chance, eine gute. Allerdings beobachte ich bei europäischen Arbeitgeber*innen, dass sie denken, sie täten vielleicht zu viel im Vergleich zu anderen Wettbewerbern – beispielsweise den Chinesen – die diese Regel nicht anwenden. Wir sagen ihnen als Gewerkschaften, dass wir Organisationen belohnen und sichtbar machen, die Menschenrechte und Gewerkschaftsrechte respektieren. Wir unterstützen sie bzw. wir nehmen die anderen in die Pflicht, die am Arbeitsplatz keine menschenrechtliche Sorgfalt praktizieren. Und noch mal klar gesagt: Wenn wir Unternehmen öffentlich als gute Beispiele markieren – wegen fairer, gewerkschaftsfreundlicher Praxis – zahlt sich das langfristig auch wirtschaftlich aus: Eine gute Reputation schafft Vertrauen, und Vertrauen bringt Geschäft.

²Austerität beschreibt eine strenge staatliche Sparpolitik, die häufig zum Abbau von Staatsschulden eingesetzt wird. Da in vielen afrikanischen Ländern auch massiv an Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge gespart wird, geht diese Politik häufig mit erheblichen sozialen Problemen einher.



Angel Maxine musste aus Sicherheitsgründen ihr Land verlassen und setzt sich heute von Berlin aus für die queere Community in Ghana ein

Foto: Eemmax Experience

PROFITE STATT PRINZIPIEN

Wo mit Rohstoffen gehandelt wird, verstummt die Kritik.

Wo Erdöl, Erdgas oder Mineralien aus dem Boden geholt werden, entsteht fast zwangsläufig eine lokale Krise: Land wird enteignet oder vergiftet, Flüsse und Trinkwasser werden verschmutzt, Lebensgrundlagen von Fischerei und Landwirtschaft werden zerstört. Diese Krise erzeugt Widerstand von Anwohner*innen, Umweltaktivist*innen, indigenen Gemeinschaften und Gewerkschaften. Und genau dieser Widerstand wird zum Ziel der Repression, denn er gefährdet direkt „Geschäftsmodelle“: das eines Staates, der auf Exporterlöse angewiesen ist, ebenso wie das eines Konzerns, der ungestörten Zugriff auf die Ressourcen haben möchte.

MISSTÄNDE IM GAS- UND ÖLSEKTOR

Der Mechanismus ist bemerkenswert stabil, über Jahrzehnte und Kontinente hinweg. Im Niger-Delta hatte Shell in den 1990er-Jahren eine derart dominante wirtschaftliche Stellung – der Ölsektor machte rund die Hälfte des nigerianischen BIP aus –, dass Konzern- und Staatsinteressen faktisch verschmolzen. Als sich das Volk der Ogoni gegen die Zerstörung ihres Landes wehrte, endete der Aufstand 1995 mit der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa und acht weiteren Aktivisten. Drei Jahrzehnte nach den Protesten gegen Shell wiederholt sich das Grundmuster bei einem LNG-Projekt im mosambikanischen Cabo Delgado: Laut einer Strafanzeige des Europäischen Zentrums für Verfassungs- und Menschenrechte sowie einem UN-Bericht hat sich der Konzern TotalEnergies durch die Bezahlung von Sicherheitskräften mit verheerender Menschenrechtsbilanz schützen lassen. Diese sind für sexualisierte Gewalt, Folter, gewaltsames Verschwinden und Mord verantwortlich.

CHEVRON VERSUS ECUADOR

Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich auch auf anderen Kontinenten, beispielsweise in Lateinamerika, natürlich jeweils mit eigener Prägung. So verklagten etwa indigene und bäuerliche Gemeinden im Amazonasgebiet in Ecuador den Ölkonzern Texaco, nachdem die jahrzehntelange Ölförderung katastrophale Folgen für Umwelt und Menschen hinterlassen hatte. Texaco bestand jedoch darauf, dass vor ecuadorianischen statt vor US-Gerichten verhandelt wird. Als ein ecuadorianisches Gericht im Jahr 2011 gegen den inzwischen mit Texaco fusionierten Konzern Chevron urteilte, wurde dieses Urteil diskreditiert. Die ecuadorianische Rechtsprechung sei nicht vertrauenswürdig und das Urteil durch Korruption erschlichen worden. Bis heute hat Chevron keinen Cent der ursprünglich gerichtlich angeordneten Entschädigung gezahlt. Stattdessen zog sich der Konzern in ein internationales Investor-Staat-Schiedsverfahren gegen den ecuadorianischen Staat zurück – mit dem Ergebnis, dass nicht Chevron, sondern Ecuador selbst zahlen soll. Ein Schiedsgericht verurteilte den Staat Ende 2025 zu 221 Millionen US-Dollar Schadenersatz an den Konzern, während die betroffenen Gemeinden bis heute auf Entschädigung warten. Mit Gegenklagen in den USA gegen die Kläger*innen und ihre Rechtsvertreter*innen zieht sich der Streit seit Jahrzehnten hin.

DAS SYSTEM DER SCHEINGEWERKSCHAFTEN

In Mexiko wiederum setzt der Bergbausektor auf ein anderes Instrument: die sogenannten Schatten-gewerkschaften. Diese schließen im Namen der Beschäftigten unter anderem Scheintarifverträge mit den Unternehmen ab, ohne über eine echte Basis unter den Arbeiter*innen zu verfügen. Dabei handelt es sich jedoch um mehr als eine symbolische Verdrän-

gung echter Interessenvertretung. Schattengewerkschaften setzen sich gezielt für Unternehmen ein, beispielsweise bei Konzessionsvergaben oder staatlichen Inspektionen. Diese Praxis hatte über Jahrzehnte hinweg tödliche Folgen. So starben beispielsweise bei der Explosion in der Grupo-México-Mine Pasta de Conchos im Jahr 2006 65 Bergarbeiter. Beschäftigte und Ministeriumsinspektoren hatten vorab wiederholt auf gefährlich hohe Methanwerte hingewiesen. Die Schattengewerkschaft vertuschte jedoch die katastrophalen Sicherheitsmängel – wie unzureichende Belüftung und defekte Gas-Messsysteme.

DIE REPRESSION FORDERT IHREN TRIBUT

Nach dem aktuellen Bericht „Roots of Resistance“ von Global Witness wurden 2024 weltweit mindestens 146 Land- und Umweltverteidiger*innen getötet oder sind verschwunden – im Schnitt drei Menschen pro Woche. Seit Beginn der Dokumentation im Jahr 2012 zählt die Organisation damit mindestens 2.253 solcher Fälle. Bergbau ist dabei der mit Abstand tödlichste Sektor: 29 der 2024 dokumentierten Fälle stehen in direktem Zusammenhang mit Bergbau und Rohstoffgewinnung – deutlich mehr als bei Abholzung (8) oder in der Agrarindustrie (4). Nicht immer ist es dabei der legale, konzerngetriebene Bergbau, der tötet: In Kolumbien etwa treffen in einer Region bewaffnete Konflikte auf Drogenhandel sowie illegalen Bergbau. Auch in Venezuela und der Demokratischen Republik Kongo befeuert illegaler Gold- beziehungsweise Coltan-Abbau bewaffnete Gruppen und organisierte Kriminalität. Indigene Gemeinschaften sind dabei besonders betroffen: Sie stellen weltweit nur rund sechs Prozent der Bevölkerung, aber etwa ein Drittel aller Opfer.

Auch die organisierte Arbeiter*innenschaft ist von diesem Muster betroffen. Laut Internationalem Gewerkschaftsbund (ITUC) erreichen 2025 nur noch sieben von 151 Ländern die bestmögliche Bewertung für Arbeitnehmer*innenrechte – vor zehn Jahren waren es noch 18. Wie konkret sich das im Rohstoffsektor zeigt, dokumentieren ITUC und IndustriALL mit zwei Fällen aus dem Jahr 2024: In Panama setzten Unbekannte die Büros einer Gewerkschaft in Brand, die sich landesweit gegen eine Kupferbergbau-Konzession organisiert hatte. In Simbabwe vertrieben am 1. Mai mehr als 20 bewaffnete Männer fünf Gewerkschafterinnen von einer Feier zum Tag der Arbeit bei Bikita Minerals, Afrikas größter Lithium-Mine. Die Gewerkschaft hatte zuvor gegen überlange Arbeitszeiten, Korruption und sexuelle Belästigung an der Mine protestiert.

Eine dritte, subtilere Form von Shrinking Spaces betrifft Staaten selbst. Rund ein Drittel aller weltweiten Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) bezieht sich auf Energieversorgung und Rohstoffgewinnung – laut der UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) ist der Sektor mit Abstand am häufigsten vertreten. Allein 2024 betrafen sechs neue Verfahren gezielt den Abbau kritischer Rohstoffe für die Energiewende, wie Kupfer, Lithium, Titan und Zink; seit 1987 zählt UNCTAD mindestens 139 solcher Fälle. Wie wirksam schon die bloße Drohung mit einem Schiedsverfahren sein kann, zeigt ein Fall in Indonesien: Als das Land 1999 Tagebau in Schutzwäldern per Gesetz verbot, drohte der australische Bergbaukonzern Newcrest Mining mit einem ISDS-Verfahren. Fünf Jahre später gewährte die Regierung Newcrest und zwölf weiteren Konzernen eine Ausnahme, um in einigen der letzten unberührten Regenwaldgebiete Südostasiens Tagebaue zu eröffnen. Der damalige Chefjurist des Bergbauministeriums bestätigte später öffentlich, allein die Androhung des Verfahrens habe die Entscheidung erzwungen.



Foto: PetroisW / Wikimedia

65 Helme zum Gedenken an die Opfer der Katastrophe von Pasta de Conchos. Der Gedenkort wird als „Antimonumento“ verstanden. Diese Orte werden in Mexiko bewusst genutzt, um zivilgesellschaftliche Gedenkorte zu kennzeichnen, die nicht vom Staat errichtet wurden. Sie dienen nicht nur dem Erinnern, sondern fungieren auch als politische Marker, die auf anhaltende Straflosigkeit und staatliches Versagen hinweisen.

DIE HANDELSSTRUKTUREN TRAGEN ZUM PROBLEM BEI

Der Rohstoffabbau ist kein isoliertes Ereignis, sondern steht am Beginn globaler Lieferketten. Rohstoffe werden über globale Lieferketten aus den Förderländern transportiert, um in der verarbeitenden Industrie, die sich meist im Globalen Norden befindet, eingesetzt zu werden. Durch die Energie- und Mobilitätswende, die militärische Aufrüstung und die sogenannte „digitale industrielle Revolution“ (Industrie 4.0) wächst der Bedarf zusätzlich – und mit ihm der Druck, neue Fördergebiete zu erschließen. Hinzu kommt eine geopolitische Dimension: Im globalen Wettlauf um kritische Rohstoffe, etwa zwischen der EU, den USA und China, wird die Versorgungssicherheit zunehmend zur Frage nationaler Wettbewerbs- und sogar Überlebensfähigkeit.

Die einseitigen grundlegende Menschenrechte missachtenden Handelsbedingungen, mit denen viele rohstoffreiche Länder bis heute konfrontiert sind, resultieren aus strukturell ungleichen Verhandlungspositionen. Diese haben ihren Ursprung in (neo)imperialistischen und (neo)kolonialistischen Machtasymmetrien, existieren jedoch bis heute in Form von Praktiken, die

Umwelt und Menschenrechte verletzen, fort. In diesem Sinne ist es bezeichnend, dass Bundeskanzler Merz die vollständige Abschaffung der europäischen Lieferkettenrichtlinie CSDDD forderte, während EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen mithilfe eines „Vereinfachungspakets“ versucht, sie faktisch auszuhöhlen. Der Schritt wurde begünstigt durch veränderte Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament, bei denen die EVP wiederholt mit Kräften des rechtsäußeren Spektrums gestimmt hat.

Dass sich deutsche Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich seit Jahren für Sorgfaltpflichten einsetzen, zunehmend gegen Diffamierungs- und Delegitimierungsversuche sowie gegen derartige politische Vorstöße wehren müssen, macht deutlich: Shrinking Spaces sind auch auf der anderen Seite der Lieferketten Realität. Pablo Campos, SÜDWIND

Zum Vertiefen: Campos, Pablo/Hummelsheim, Paula Căcilie (2025): Zivilgesellschaft unter Druck: Mexiko – Freihandel und die Verengung gesellschaftlicher Handlungsspielräume am Beispiel des Bergbausektors. Factsheet 2025-17. Bonn: SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene e.V.

DEMOKRATIE – ENTSCHEIDENDE VORAUSSETZUNG FÜR NACHHALTIGE LIEFERKETTEN

Die Beispiele machen deutlich, dass Shrinking Spaces nicht nur Folge politischer Entwicklungen sind, sondern häufig auch Bestandteil wirtschaftlicher Machtverhältnisse.

Es ist entscheidend, zukünftig den Schutz zivilgesellschaftlicher Räume als eigenständiges Ziel der Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik zu begreifen. Die Debatte darf sich nicht auf technische Fragen der Risikoanalyse oder der Berichterstattung beschränken. Sorgfaltspflichten können nur wirksam sein, wenn diejenigen geschützt werden, die Risiken identifizieren, dokumentieren und öffentlich machen.

Daraus ergeben sich mehrere zentrale Handlungsempfehlungen:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sollten bestehende menschenrechtliche Sorgfaltspflichten stärken. Bei der Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) sowie vergleichbarer Regulierungen muss der fehlende Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ausdrücklich als Risikofaktor berücksichtigt werden. Eingeschränkte Vereinigungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sollten als Warnsignal für potenzierte menschenrechtliche Risiken gelten.

Unternehmen müssen Shrinking Spaces systematisch in ihre Risikoanalysen integrieren. Die bloße Abwesenheit von Beschwerden oder Protesten darf nicht als Hinweis auf konflikt- oder risikofreie Lieferketten gewertet werden. Gerade dort, wo Kritik nicht möglich ist, besteht ein erhöhtes Risiko für Menschenrechtsverletzungen. Unternehmen sollten deshalb aktiv den Austausch mit unabhängigen Gewerkschaften, lokalen Initiativen und Menschenrechtsorganisationen suchen und deren Schutz unterstützen (s. auch die SÜDWIND-Handreichung „Shrinking Spaces und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten“ (2026)).



„Was Berta gesät hat, ist die Hoffnung auf die Befreiung der Völker.“ Berta Cáceres trat für die Rechte der Indigenen und die Umwelt ein. Sie wurde 2016 ermordet. Der „Rat der Volks- und Indigenenorganisationen von Honduras“, den sie mitgründete, erinnert an sie.

Interesse am Thema? Auf der Webseite von SÜDWIND sind unter „Veröffentlichungen“ zahlreiche Publikationen zu Shrinking Spaces abrufbar.

Handelsabkommen, Rohstoffpartnerschaften und Investitionsabkommen sollten verbindliche Vorgaben zum Schutz zivilgesellschaftlicher Freiheiten enthalten. Fragen der Versorgungssicherheit dürfen nicht von Fragen demokratischer Teilhabe und der Menschenrechte getrennt werden.

Besondere Aufmerksamkeit ist vulnerablen Gruppen zu widmen, die häufig in mehrfacher Hinsicht von Shrinking Spaces betroffen sind, unter ihnen Frauen, Migrant*innen, indigene Gemeinschaften und LGBTQIA+-Personen. Ihre Perspektiven müssen systematisch in Sorgfaltspflichtenprozesse, Beschwerdemechanismen und politische

Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Letztlich entscheidet sich die Glaubwürdigkeit nachhaltiger Lieferketten vor Ort – dort, wo Menschen ihre Rechte einfordern, sich organisieren und Missstände benennen. Der Schutz und die Einbeziehung dieser Stimmen ist keine Ergänzung wirksamer Sorgfaltspflichten, sondern ihre unverzichtbare Voraussetzung. Wer wirksame Lieferketten schaffen will, muss deshalb zugleich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Freiräume verteidigen. Nur offene Gesellschaften können langfristig die Grundlage für eine verantwortlich agierende globale Wirtschaft schaffen.

DAS MACHT SÜDWIND

SÜDWIND tritt seit 35 Jahren weltweit für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit ein. Wir arbeiten zu einem breiten Spektrum an Nord-Süd-Themen. Das Ziel: ungerechte Strukturen aufdecken, öffentlich machen, Handlungsalternativen bieten und so zu Veränderungen beitragen. SÜDWIND ist dabei inhaltlich und finanziell unabhängig. Um gemeinsam mehr zu erreichen, kooperieren wir mit Akteur*innen auf lokaler, europäischer und globaler Ebene, darunter Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen. Wir forschen zu Themen wie Entwicklungszusammenarbeit, Frauen und Weltwirtschaft, Klimagerechtigkeit, Nachhaltigkeit auf Finanzmärkten, zu Rohstoffen und Wertschöpfungsketten sowie zu Sozialstandards im Welt-handel. In Deutschland verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungs-politischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

IMPRESSUM

Infozeitung, 2026-20

HERAUSGEBER:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201,
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global eGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

BANKVERBINDUNG SÜDWIND: KD-Bank,
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODE33DKD

AUTOR*INNEN:
Pablo Campos, Paula Cäcilie Hummelsheim,
Dr. Sabine Ferenschild

REDAKTION UND LEKTORAT:
Nina Giarmita
V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

FÖRDERER



UNABHÄNGIGE FORSCHUNG

ZU GLOBALER
GERECHTIGKEIT
KOSTET GELD!

Unterstützen Sie unsere Arbeit!
www.suedwind-institut.de

SÜDWIND e.V.
DE45 3506 0190 0000 9988 77

